

# GGG

Info

## „ILLUSION STATT INKLUSION“ ...?

Der Spiegel benannte in Heft 19/2017 Mängel und Grundwidersprüche bei der Umsetzung „der Inklusion“ in der Schule. Diese verstärken den Eindruck, dass Politik und Verwaltung sich als „Illusionskünstler“ versuchen. Sie wollen den Anschein erzeugen, den verpflichtenden Auftrag zur Entwicklung eines inklusiven Schulsystems zu erfüllen – trotz Ressourcenkürzungen, Fehllenkungen des Personals und Fortbestands der Sonderschulen (Förderschulen und Gymnasien). Statt mit allen Kräften die inklusive Umgestaltung des Schulwesens anzugehen, versuchen sie dem Auftrag ohne strukturelle Änderungen zu entsprechen. Schlimmer noch – durch Zuweisung von Förderstunden statt Stellen für die inklusiven Schulen werden die bisherigen positiven Erfahrungen der GU-Schulen ignoriert und eine „Sonderpädagogisierung“ der „Inklusion“ befördert. Die Erfolge des „Gemeinsamen Unterrichts“ werden geschleift und ganze Kollegien in ihrer Schulentwicklung ausgebremst. Die „Bewahrer“ des separierenden Systems in den Sonderschulen und Gymnasien fühlen sich bestärkt, ihre ausgrenzende Sicht unter dem Deckmantel der besonderen fachlichen Förderung in ihren Spezialeinrichtungen vorzubringen.

So wird der Inklusionsauftrag durch Behörden – aber auch Eltern und Lehrkräfte – auf „Integration“ reduziert. Völlig vergessen wird dabei auch, dass oftmals erst die Schule aus persönlichen und sozialen Beeinträchtigungen eine Behinderung macht. Wie die GGG 2011 in Hildesheim formulierte: *„Die inklusive Schule erfordert eine Schul- und Lernkultur, die geprägt ist von der Verantwortung für jedes einzelne Kind, vom Respekt vor der Einzigartigkeit jedes Kindes und vom Vertrauen in die Fähigkeiten eines jeden Kindes“. Die Arbeit in den Schulen wird erschwert und gesellschaftlich nicht fruchtbar, weil in Deutschland der Konsens fehlt, dass „die Realisierung der inklusiven Schule [...] jedoch eine inklusive Schulstruktur [erfordert]. Inklusive Schule und selektives Schulsystem stehen zueinander in einem unauf löslichen Widerspruch.“*

Die GGG fordert darum, die erforderlichen Ressourcen bereitzustellen, alle selektiven Momente im bestehenden System (u. a. Noten) abzuschaffen und damit dessen Transformation endlich einzuleiten.

<http://www.gemeinsam-lernen-online.de/ggg-abonnement>

### INHALT

#### GGG aktuell

Die GGG zieht um I: Geschäftsstelle in Dortmund	II
Die GGG zieht um II: Neue Website	III
Anne Ratzki zum 80. Geburtstag	IV
Einladung Bundestagung 2017	V
Mitgliederversammlung	V
Kurzportrait „PogA“	V
Einladung Beatenberg	VIII
Jubiläen	VIII

#### GGG Länderberichte

Niedersachsen	VI
Nordrhein-Westfalen	VI
Reinland-Pfalz	VI
Schleswig-Holstein	VII



## Zurück an den Gründungsort

### Die GGG zieht um I: Geschäftsstelle in Dortmund

Seit 2008 ist die GGG-Geschäftsstelle in Stedesdorf (Ostfriesland). Michael Hüttenberger war dort Geschäftsführer und Maren Goldenstein eine große Hilfe. Nach der Erkrankung von Michael im Frühjahr 2016 war eine Neuorganisation der Geschäftsstelle erforderlich. Im Juli wird deshalb die Geschäftsstelle nach Dortmund umziehen. Die Büros der GGG NRW und deren Weiterbildungsinstituten (fesch und a&b) werden erweitert um ein Büro der GGG Bund.

Im Bundesvorstand und im Hauptausschuss wurde über den zukünftigen Ort einer Geschäftsstelle beraten. Folgende Gründe haben zu der neuen Lösung geführt:

Die Geschäftsstelle sollte gut erreichbar in der Nähe eines IC-Bahnhofs liegen. Um eine zukunftsfähige Lösung zu erzielen, haben wir einen öffentlichen Büroraum gesucht, also einen Raum, der unabhängig von einer Person gemietet wird.

Aus der Lage im Zentrum eines mitgliederstarken Landesverbandes erhoffen wir uns, dass die Betreuung durch ein Bundesvorstandsmitglied auf Dauer zu sichern ist.

Aus den möglichen Alternativen hat sich Dortmund dann als praktikable,

zügig realisierbare und kostengünstige Lösung herausgestellt. Dazu noch eine Anmerkung: Die GGG wurde 1969 in Dortmund gegründet. So ist dieser Umzug auch ein Umzug zurück an den Gründungsort.

Es geht aber nicht nur um einen Büroraum, es muss auch Personen geben, die dort die Arbeit leisten. Maren Goldenstein hat seit Oktober 2008 Michael Hüttenberger in der Organisation der Geschäftsstelle unterstützt. Maren's Erfahrung als Verwaltungsangestellte bei der Diakonie hat wesentlich dazu beigetragen, dass der Neuanfang 2008 gelang. Denn auch 2008 gab es einen Umzug der Geschäftsstelle von Aurich nach Stedesdorf. Die erste und vordringliche Arbeit war es damals, die Mitgliederdatei zu digitalisieren. Ein System von Karteikarten und Ordnern galt es zu sichten und daraus eine belastbare Datenbank zu machen. Dass diese Arbeit gelungen ist, konnten wir auch an dem diesjährigen Beitragsverfahren feststellen. Dieses ging völlig problemlos über die Bühne. Viele von euch werden Maren Goldenstein durch ihre organisatorische Unterstützung und Teilnahme an Bundeskongressen kennen. Im letzten Jahr war Maren die Ansprechperson für die

Geschäftsstelle in Stedesdorf. Die GGG hat allen Grund, Maren Goldenstein für die langjährige Arbeit zu danken.

Ab Juli wird die Geschäftsstelle in Dortmund durch Sabrina Wortberg betreut. Sabrina arbeitet bei der Dortmunder Firma mausbrand (Intelligente Webseiten und Onlinelösungen). Sie wird im Rahmen eines Dienstleistungsvertrags der GGG mit dieser Firma als erste Ansprechperson die Arbeit in der Geschäftsstelle erledigen. Die 26-jährige Steuerfachangestellte macht gerade ihren Bachelor of Science (Steuern).

Wichtig ist zuerst ein möglichst reibungsloser Umzug. Aber auf Dauer werden Sabrina und die Firma mausbrand sicher neue Ideen in die Organisation und Arbeit der GGG einbringen. Sabrina Wortberg hat inzwischen Kontakt zu den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Geschäftsstelle der GGG NRW aufgenommen. Außerdem haben sich bereits Maren Goldenstein und Sabrina Wortberg in Stedesdorf getroffen. Es bahnt sich eine gute Zusammenarbeit an. Denn um einen guten Übergang zu sichern, wird Maren bis zum Ende des Jahres weiter für die GGG arbeiten.

WERNER KERSKI  
Stellv. Vorsitzender und  
Geschäftsführer der GGG

Foto: Werner Kerski



Maren Goldenstein und Sabrina Wortberg

## Die GGG zieht um II: Neue Website

Unsere Website bekommt ein neues Aussehen – wie wär's mit einem kleinen Vorgeschmack?

### Neue Verwaltung der Inhalte

Wie viele, benutzen wir im Hintergrund ein CMS (Content Management System) namens *Joomla*. Wie die Bezeichnung vermuten lässt, verwaltet es den Inhalt einer Website, also Artikel, Stellungnahmen, Termine, Bilder etc. Mit dem Umstieg ist auch eine überarbeitete *site map* (das ist das Bild der internen Struktur) verbunden. Von außen sieht man das in erster Linie an der geänderten Menüstruktur.

### Neues Aussehen

Eine weitere wichtige Komponente einer Website ist ein *Template*. Das ist das Stück Software, das die äußere Erscheinung der Website regelt. Das bisher benutzte hat einen Mangel: Es ist nicht *responsiv*. Es setzt einen breiten Bildschirm voraus. Also Pech für Benutzer von Smartphones und Tablets, wenn das Programm nicht auf die Breite des jeweiligen Bildschirms reagiert. Sie müssen

viel *wischen*, um auch nur einen Artikel zu lesen. Also suchten wir ein *wischfestes* Template und fanden *Protean* (siehe *screenshot*).

### Abschied von Sven Rasch

Das Ganze musste nun auf den Rechner unseres *Netzdiensteanbieters* (neudeutsch: Provider) gebracht und dort installiert werden, möglichst ohne den Betrieb der bisherigen Website zu stören. Das hat Sven Rasch besorgt, unser bisheriger *Admin-Guru*: Dank sei ihm dafür! Er orientiert sich beruflich neu und wird uns damit als Webadministrator leider nicht mehr zur Verfügung stehen. Vielleicht sind wir ja in der Zwischenzeit so gut, dass wir das Managen eines Webauftritts auch selber hinbekommen?

### Eine Website für jeden Landesverband

Ein neues System bietet neue Möglichkeiten, die kennengelernt und erprobt werden wollen. In der Konsequenz haben wir uns entschlossen, für jeden Landesverband eine eigene Länderwebsite anzubieten und für alle die gleiche Grobstruktur vorzusehen: Man findet

sich leichter zurecht. Gleichzeitig sind alle Beiträge, egal von wem eingestellt, unter den Menüpunkten *Termine/Aktivitäten* und *Diskurs* zentral verfügbar – ohne zusätzlichen Aufwand; auch das ist neu. Ob die Landesverbände von diesem Angebot Gebrauch machen, ist ihre Entscheidung, schlimmstenfalls gibt es eine Weiterleitung auf den lokal betriebenen Webauftritt.

### Wie geht es weiter?

Wir rechnen damit, dass die neue Website Anfang Juli 2017 freigeschaltet werden kann, selbstverständlich unter dem bekannten Namen. Zugang erhalten alle, die bereits auf der alten Website registriert waren. Neuregistrierungen erfolgen dann wieder auf der neuen Website.

Und für Länderbetreuer der Website und Interessierte erarbeiten wir Richtlinien und kleine Handreichungen und werden Workshops anbieten. Von den Vorteilen der Teamarbeit überzeugt, können wir dann zeigen, dass viele Köche auch einen schmackhaften Brei zustande bringen.

LOTHAR SACK



Darstellung der Website auf dem PC



Darstellung der Website auf dem Smartphone

## Anne Ratzki zum 80. Geburtstag



Anne Ratzki und Gesamtschule – das sind fast Synonyme. Seit 1975 das Gymnasium Köln-Holweide mit Anne als Schulleiterin in die Gesamtschule Köln-Holweide umgewandelt, besser „aufgehoben“ wurde, ist Anne Aktivistin für die Gesamtschule – bis zum heutigen Tag: **lokal**, jüngster Erfolg: Gründung der Gesamtschule Köln Delbrück 2015; **im Land NRW** durch Mitarbeit in der GGG und regelmäßiges Eingreifen in der Landespolitik; **im Bund** als Vorsitzende der GGG von 1987 bis 1993, mit entschiedener, mutiger schulpolitischer Arbeit in der ehemaligen DDR und danach in den neuen Bundesländern; **europäisch**: in vielen Ländern und Projekten, besonders intensiv in dem Projekt EU-mail, das unter Beteiligung von Expert/-innen aus sechs europäischen Ländern das gegenseitige Lernen in Sachen „mixed ability and integrated learning (mail)“ befördert hat – **und sogar auf anderen Kontinenten**, u. a. brachte sie mit ihrem Team aus Köln-Holweide und dem Buch *Team Small Group. A Whole School*

*Approach* (Cheltenham Australia 1999) die Ideen der Team-Kleingruppen-Pädagogik nach Australien.

Anne ist zutiefst davon überzeugt, dass **Organisationen erforderlich** sind, um Ideen zu verwirklichen – viele, manchmal auch kleine, aber wichtige Erfolge bestärkten sie darin. Sie unterstützt **Initiativen** für die Gründung neuer Gesamtschulen – auch gegen deutliche lokalpolitische Widerstände – und arbeitet im **SPD-Ortsverein** ebenso mit wie in der **GEW**. Neben ihrem ungebrochenen Einsatz in der GGG – zuletzt für den Erhalt der „Gesamtschule“ im Namen der GGG – ist sie Gründungsmitglied und Mitstifterin der **Gesamtschulstiftung**. 1986 gründete sie das **Teaminstitut** und war bis 2016 dessen Vorsitzende.

Annes Gesamtschullaufbahn begann 1975 mit der Gründung der 12-zügigen Gesamtschule Köln-Holweide. Dies pädagogisch zu bewältigen, gelang auf beispielgebende Weise mit Hilfe des Team-Kleingruppen-Modells (TKM), mit der Schulgemeinde gegen heftigste Widerstände des Kultusministeriums und der Schulaufsicht durchgesetzt. 1982 gelang es sogar, gemeinsam mit der IGS Göttingen-Geismar bei der KMK-Vereinbarung in die Ausnahmeliste bei der Fachleistungsdifferenzierung zu kommen. So konnten eigene Formen innerer Differenzierung in Teamarbeit schulintern weiterentwickelt werden. Konsequenterweise hat Köln-Holweide als zweite Gesamtschule in Nordrhein-Westfalen (nach Bonn-Beuel) auch Kinder mit Beeinträchtigungen integriert. Nach ihrer Schulleitungstätigkeit setzte sich Anne als Dezernentin für Gesamt-

schule bei der Bezirksregierung in Köln für die innere Weiterentwicklung sowie für die Gründung neuer Gesamtschulen ein und engagierte sich als Honorarprofessorin an der Universität Paderborn (übrigens eine der wenigen Frauen in dieser Position) in der für sie und die Gesamtschule so wichtigen Lehrerbildung. Ihre positiven Erfahrungen mit Studierenden benennt sie gern gerade dann, wenn es gegen Resignation zu argumentieren gilt.

Anne Ratzki hat ihre Erfahrungen und Forderungen zum Team-Kleingruppen-Modell, der Teamarbeit in Schulen, Reform der Lehrerbildung und Inklusion vielfältig publiziert. Zum Grundlagenbuch „Die Gesamtschule“ (Juventa 2003) steuerte sie den wegweisenden Artikel über die Grundlagen einer künftigen Gesamtschulpädagogik bei und verantwortete als Mitherausgeberin die ersten Jahre der Zeitschrift „Lernende Schule“.

Für alles gilt ihr immer wieder zu hörender Satz: „Da müssen wir was tun“ – sie „riecht“ es, wenn Einsatz erforderlich ist. Sie findet Mitstreiter/-innen, das Projekt wird angepackt und zum realistisch möglichen Ergebnis geführt. Ihre beiden Nachfolger als Bundesvorsitzende der GGG, Dieter Weiland (1993-1999) und Ingrid Wenzler (1999-2007) bedanken sich mit diesen kurzen Notizen für Annes herausragende Leistung für unser gemeinsames Ziel: die Gesamtschule als ersetzende Schule für alle.

Ich schließe mich an und wünsche Anne noch viele erfüllende, erfolgreiche Jahre.

GERD-ULRICH FRANZ

**Unser Partner:****Politik gegen Aussonderung –  
Koalition für Integration und  
Inklusion e. V. (PogA)**

Unser Verein wurde 2008 auf einer der jährlich stattfindenden Tagungen der Integrations-/Inklusionsforscherinnen und -forscher gegründet. Den Anstoß dazu hatten Hans Eberwein (ehemals FU Berlin) und Georg Feuser (ehemals Universität Bremen und Zürich) gegeben, die die Re-Politisierung der Integrationsdiskussion in der Bildungspolitik und in der Erziehungswissenschaft forderten. Vorsitzende des Vereins ist Anne-Dore Stein, EH Darmstadt.

Unserem Namen entsprechend reden wir über Inklusion UND über Ausgrenzung. Ohne Auseinandersetzung mit der geschichtlichen Entwicklung und der aktuellen Situation der Ausgrenzung würde nicht hinreichend deutlich, mit welcher Mammutaufgabe wir es zu tun haben, wenn wir uns für Integration bzw. Inklusion engagieren.

Wir begleiten Diskurse um Integration/Inklusion in einer solidarischen Position gegenüber Menschen mit Behinderung, nicht nur im Zusammenhang der Schule, wir insistieren auf einer qualifizierten Inklusion aller Schüler/-innen im Sinne der Berücksichtigung der bereits vorhandenen pädagogischen Kenntnisse und Kompetenzen für die Integration/Inklusion von Menschen mit umfassenden Beeinträchtigungen, wir bestehen auf einer entsprechenden Ausbildung zukünftiger Lehrerinnen und Lehrer und wir legen die anti-inklusive Wirkung von standard-/out-putorientierter Reflexion und Steuerung von pädagogischen Prozessen offen.

**Einladung zur GGG-Bundestagung am 17. November 2017 in Frankfurt,  
Paul-Hindemith-Schule (PHS)****Demokratie offensiv leben – unsere Antwort auf aktuelle  
Herausforderungen!**

Unter den Gefährdungen der Demokratie sind zur Zeit Extremismus und Populismus im besonderen Fokus. Sie leben von Vereinfachung und Verkürzung, setzen auf Ab- und Ausgrenzung, reflektieren ihr Weltbild nicht und stellen es über das anderer. Diesen aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen muss sich auch die Schule stellen, insbesondere dann, wenn sie sich als demokratiestiftend und inklusiv versteht. Das gegenseitig wertschätzende Miteinander, der selbstverständliche Umgang mit Heterogenität und Vielfalt sind eine Bereicherung und bieten Chancen für den Einzelnen und die Gemeinschaft. Wie das geht und wo wir ansetzen müssen, soll uns bei dieser Tagung beschäftigen.

Zu drei Aspekten dieser Herausforderungen haben wir die Zusage ausgewiesener Experten.

- **Ahmad Mansour** (u. a. Heroes Berlin): Islamisch begründete Gewalt und demokratische Aufklärung
- **Prof. Dr. Rosemarie Tracy** (Uni Mannheim): Sprache: Identitätsfindung, Abgrenzung, Verständigung
- **Kurt Edler** (Vorsitzender DeGeDe): Gefahr von rechts – demokratische Resilienz stärken

Unsere Referenten werden Impulsreferate halten und diese in Foren vertiefen. In einer abschließenden Podiumsrunde diskutieren wir mit befreundeten Verbänden, wie wir die gewonnenen Einsichten umsetzen und uns dabei in unserem Bündnis unterstützen können. Die GGG-Mitgliederversammlung (mit Neuwahl des Bundesvorstands) folgt.

Am Abend wird die Kulturinitiative „bridges“ mit einem Orchester aus hier ansässigen und geflüchteten Musikern ein Konzert geben.

Eingebettet ist die Tagung in eine Veranstaltungsreihe der Frankfurter Ge-

samtschulen. U. a. können am Vortag bei Schulbesuchen Themen, auch mit Bezug zur Tagung, diskutiert werden. Am Folgetag findet ebenfalls in der PHS ein „Markt der Möglichkeiten“ statt: Alle Frankfurter integrierten Gesamtschulen präsentieren gemeinsam ihre Arbeit der interessierten Öffentlichkeit, insbesondere den Eltern der 4. Klassen.

**Programm und Anmeldungshinweise sind ab dem 1. Juli 2017 auf unserer Website [www.ggg-bund.de](http://www.ggg-bund.de) und im GGG-Info/GEMEINSAM LERNEN 4/2017 zu finden. Anmeldeschluss ist der 20.10.2017.**

Wir freuen uns auf zahlreiche Besucher zu diesen uns alle bewegenden Themen in einer sich dynamisch entwickelnden Stadt mit ebensolcher Schullandschaft!

GERD-ULRICH FRANZ

**Einladung zur  
Mitgliederversammlung**

Freitag, 17.11.2017, 16:30 – 18:00 Uhr  
Paul-Hindemith-Schule, Schwalbacherstr. 71-77, 60326 Frankfurt/M.

**Tagesordnungsvorschlag**

1. Begrüßung und Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung
2. Wahl der Versammlungsleitung und der Mandatsprüfungskommission
3. Bestellung der Protokollant/-innen
4. Genehmigung/Änderung der Tagesordnung
5. Genehmigung/Änderung des Protokolls der MV 2016
6. Bericht des Bundesvorstands
7. Kassenbericht
8. Revisionsbericht
9. Aussprache zu den Berichten
10. Entlastung des Vorstands
11. Wahl des Wahlvorstands
12. Wahl des Bundesvorstands
13. Wahl der Revisor(inn)en
14. Anträge (Antragsschluss: 27.10.2017)
15. Verschiedenes

## NIEDERSACHSEN

In Niedersachsen wird im Januar 2018 gewählt. Die bildungspolitische Bilanz der rot-grünen Landesregierung fällt aus Sicht der GGG gemischt aus. Es fehlt vor allem eine ressourcenangemessene Unterstützung für Gesamtschulen. Andere Kritikpunkte wurden bereits im letzten Länderbericht benannt.

Die GGG hat für den Landtagswahlkampf Wahlprüfsteine formuliert, die die Weiterentwicklung der niedersächsischen Bildungslandschaft, die Verbesserung der Ressourcen und Rahmenbedingungen für Gesamtschulen sowie eine zukunftsweisende Lehrerbildung thematisieren. Sie sind auf der Homepage nachzulesen.

Besonders deutlich lehnt die GGG in Niedersachsen eine Entwicklung zur Zweigliedrigkeit ab. Wir sehen die Gesamtschule als Alternative zum gegliederten Schulwesen und nicht als dessen Reparaturbetrieb.

Dass gesamtgesellschaftliche Aufgaben auf nur einen Teil des Bildungssystems abgewälzt werden, kann man beim Thema „Inklusion“ gut beobachten. Die Verteilung der inklusiv beschulten Schülerinnen und Schüler auf die Schulformen in Niedersachsen (**Verteilung der Gesamtschülerschaft (gerundet, öffentliche Schulen): IGS/KGS 2 571 (95 000), Oberschule (zusammengefasste HS/RS) 2 945 (74 000), HS 1 591 (33 400), Realschule 411 (81.500) und Gymnasien 374 (125 000). Stand: 15.09.2015.**)

In Städten wie Hannover und Braunschweig, in denen es keine Oberschulen gibt, ist die Verteilung noch problematischer. Während an den Gesamtschulen in Hannover für den neuen 5. Jahrgang zwischen 9 und 11 % Kinder mit Unterstützungsbedarf aufgenommen werden, wollen die 17 Gymnasien insgesamt 23 Kinder mit Förderbedarf aufnehmen; bei einer Quote von 5,5 % Kindern eines Jahrgangs mit Förderbedarfen wären dies allerdings ca. 120. So wirkt soziale

Segregation! Die GGG fordert inzwischen eine Regulierung durch die Kommunen, damit es eine annähernd gleiche Verteilung auf die Schulformen gibt.

Auf der anderen Seite haben Gesamtschulen Erfolge z.B. bei der Förderung von Kindern mit dem Förderbedarf „Lernen“; viele schaffen einen „richtigen“ Hauptschulabschluss und in Einzelfällen noch mehr. Gesamtschulen bringen den Nachweis, auch auf Grund der langjährigen Erfahrung mit Integrationsklassen, dass Inklusion allen nützt.

RAIMUND OEHLMANN

## NORDRHEIN-WESTFALEN

### Inklusion ja – aber nicht so!

Im Oktober 2013 hat die GGG NRW zusammen mit dem LER (Landeselternrat der Gesamtschulen) und der SLVGENRW (Schulleitungsvereinigung NRW) anlässlich der Verabschiedung des 9. Schulrechtsänderungsgesetzes (9. SchRÄG) unter der Überschrift „Inklusion ja – aber nicht so! Inklusion nach Kassenlage schadet allen Schülern“ eine gemeinsame Presseerklärung veröffentlicht.

In dieser Presseerklärung kritisieren wir aus der Perspektive der ausdrücklichen Befürworter das damals verabschiedete Gesetz, das die Rahmenbedingungen für schulische Inklusion setzt: „Der Landeselternrat der Gesamtschulen (LER), die GGG NRW und der SLVGE NRW begrüßen, dass mit der Inklusion die Ausgrenzung von über 120 000 Schülern beendet werden soll. Hiervon könnten alle Schüler profitieren. Der verabschiedete Gesetzentwurf ermöglicht das leider nicht.“ Damals formulierten wir vier Hauptkritikpunkte:

1. Inklusion nach Kassenlage: Vergrößerung der inklusiven Klassen
2. Künstliche Verringerung des Förderbedarfs durch Verfahrensänderung
3. Verschlechterung fachlicher und pädagogischer Standards

4. Die Schulen des längeren gemeinsamen Lernens tragen die Hauptlast.

Im vierten Jahr nach der Verabschiedung des Gesetzes müssen wir jetzt nicht nur feststellen, dass diese Befürchtungen Realität geworden sind. Durch die mangelnde und ungleiche Steuerung der ohnehin zu geringen Personalressourcen und durch die ungleiche Verteilung der Schüler mit Förderbedarf auf die Schulformen verschärfen sich die Bedingungen vieler integrierter Schulen noch einmal. Die integrierten Schulen tragen die Hauptlast der schulischen Inklusion. Die Gymnasien entziehen sich weitestgehend.

Das vom Land für die Stellenberechnung zugrunde gelegte Modell von Klemm/Preuss-Lausitz kann u.a. nicht funktionieren, da entgegen der Modellannahme die Doppelstruktur von Förder- und Regelschulen nicht aufgehoben ist. Entgegen der Annahme des Landes hat sich die Anzahl der Schüler mit Förderbedarf erhöht.

Die inklusiv arbeitenden Regelschulen erhalten nicht die für die Klassenverkleinerung erforderlichen Regellehrerstellen und die notwendigen Förderlehrerstellen sind auf dem Lehrerbearbeitungsmarkt nicht vorhanden.

Die Folge dieser katastrophalen Umsetzung ist, dass die schulische Inklusion von den Regelschulen selbst und von der Öffentlichkeit zunehmend abgelehnt wird.

BEHREND HEEREN

## RHEINLAND-PFALZ

In RP gibt es 55 IGSn, davon wurden ca. 31 seit 2008 gegründet. Insgesamt besucht ein Anteil von 10,6 % der Schüler/-innen an Allgemeinbildenden Schulen derzeit eine IGS. Die IGS in RP hat i.d.R. vier Züge und eine Gymnasiale Oberstufe. Alljährlich werden mehr Kinder an den bestehenden IGS angemeldet, als es Plät-

ze gibt. 2017 wurden von den 7870 angemeldeten Kindern 5923 angenommen.

Dramatisch ist die Entwicklung in der Landeshauptstadt Mainz. Hier gibt es zur Zeit drei IGSn, die Nachfrage nach Gesamtschulplätzen übersteigt alljährlich das Angebot um ca. zehn Klassen. Schon vor der letzten Kommunalwahl 2009 gab es einen Beschluss für eine vierte IGS. Dieser wurde von der Ampelkoalition für die aktuelle Amtszeit bestätigt. Doch die Schulverwaltung hat bisher noch keinen Antrag bei der Schulbehörde gestellt und damit auch nicht den Entscheidungsprozess ausgelöst.

### Verhinderung von IGS ist gleich

#### Verhinderung von Inklusion

Seit nun mehr als fünf Jahren sind wir Zuschauer bei einem zynischen Schwarzer-Peter-Spiel zwischen Bildungsministerium, Schulbehörde und Kommune, in dem der Schulträger sich um die Antragstellung für eine neue IGS herumdrückt. Der Mainzer Schuldezernent (SPD) verweist zur Rechtfertigung seiner Untätigkeit auf einen Passus aus einem „Leitfaden“ zur Errichtung neuer Schulen der Schulbehörde. Danach sollen 30% der angemeldeten Kinder aus der oberen Leistungsgruppe kommen und insinuiert, dass die Behörde die IGS nicht genehmigen werde. Die Signale aus dem Ministerium sind inzwischen ganz andere:

Im Oktober 2016 konnten wir bei einem Gespräch im Ministerium Verständnis für die Position der GGG erkennen, dass ein starres Festhalten an der 30%-Regelung politisch unklug ist. Im Januar 2017 stand der Schuldezernent mit seiner 30%-Regelung bei einer Podiumsdiskussion von GGG und GEW allein da. Darauf angesprochen, welche Rolle die 30% spielen, kam von dem Vertreter der Schulbehörde die Aussage, dass das lediglich ein Kriterium unter anderen sei. Entscheidend sei doch, fügte er hinzu, dass die Stadt Mainz noch nie einen Antrag für die vierte IGS gestellt hat. Die

GGG fordert deshalb erneut die sofortige Antragstellung für weitere IGSn in Mainz.

Nur die Eröffnung weiterer Integrierter Gesamtschulen ist ein Schritt in die richtige Richtung, ein Schritt zu mehr Inklusion. Am Beispiel der Debatten in Mainz wird deutlich, dass insbesondere Schulträger umdenken müssen, wenn es um eine inklusive Schule für alle Kinder geht.

WOLFGANG THIEL

## SCHLESWIG-HOLSTEIN

Während ich diesen Bericht auf den Weg bringe, laufen gerade die Hochrechnungen zur Landtagswahl. Noch ist nicht abzusehen, welche Parteienkonstellation künftig die Bildungspolitik gestalten wird. Darüber und auch über die Konsequenzen für die Gemeinschaftsschulen in Schleswig-Holstein im nächsten Länderbericht mehr.

Aktuell haben wir sowohl Kontakte zum Schulleitungsverband als auch zur LandesschülerInnenvertretung der Gemeinschaftsschulen mit der Zielsetzung aufgebaut, jeweils gemeinsame Positionen und sich daraus ergebendes gemeinsames Vorgehen auszuloten. Innerhalb des Landesverbandes der GGG wurde ein Arbeitskreis Schulleiterinnen und Schulleiter an Gemeinschaftsschulen gegründet, der sich zur Aufgabe gestellt hat, die Diskussion und den Austausch über gute Wege des gemeinsamen Lernens in der einen Schule für alle zu befördern. Darüber hinaus will der Arbeitskreis den „Markenkern“ Gemeinschaftsschule stärker in das Bewusstsein der Öffentlichkeit rücken.

Themenschwerpunkt Inklusion: Die gemeinsame Beschulung von Kindern und Jugendlichen mit sonderpädagogischem Förderbedarf hat seit 1990 in Schleswig-Holstein Eingang ins Schulgesetz gefunden und Vorrang vor einer getrennten Beschulung. Dies hat dazu geführt, dass inzwischen mehr als zwei

Drittel der entsprechenden Schülerinnen und Schüler inklusiv unterrichtet werden. In einem Zehn-Punkte-Katalog hat die Landesregierung 2014 beschrieben, wie die inklusive Schule weiter entwickelt werden soll. Diese Beschreibung wurde 2016 in einem Arbeitspapier mit der Setzung von sechs Schwerpunkten weiter konkretisiert. Ein „Runder Tisch Inklusion“, der in ca. vierteljährlichem Abstand tagt und an dem auch die GGG beteiligt ist, begleitet den Prozess. Im Oktober 2016 hat Prof. Klaus Klemm im Auftrag des Ministeriums für Schule und Berufsbildung ein Gutachten vorgelegt, aus dem hervorgeht, dass für eine qualitativ hinreichende personelle Ausstattung der Schulen 493 Stellen fehlen.

Unter Anerkennung aller bisher vorgenommenen Schritte bleibt bis zur Realisierung einer Schule, die die Bezeichnung inklusiv rechtfertigt, noch viel zu tun. Vorrangig sind dies für uns u. a.:

- eine Schulgesetzänderung, die die inklusive Schule ausdrücklich zur Aufgabe aller Schularten macht und damit auch das Gymnasium für den zieldifferenten Unterricht öffnet
- der perspektivische Verzicht auf die formale Feststellung des sonderpädagogischen Förderbedarfs für die Bereiche Lernen, Sprache sowie Emotionale und Soziale Entwicklung, verbunden mit einer systemischen Personalzuweisung für die Schulen
- der weitere Ausbau multiprofessioneller Teams
- die Förderzentren für Geistige Entwicklung anzuregen, zu unterstützen und ggf. zu veranlassen, sich inklusiver aufzustellen
- die dienstrechtliche Zugehörigkeit der Förderschullehrkräfte zu den Schulen, an denen sie den wesentlichen Teil ihrer Arbeitszeit erbringen.

DIETER ZIELINSKI

## Einladung

zur 24. Tagung in Beatenberg, Schweiz

30.09. – 04.10.2017

Thema: „Personalisiertes Lernen in heterogenen Gruppen als Chance für Inklusion“

*Ingrid-Burow-Hilbig hat für die GGG Hessen die Leitung der Fortbildungsfahrten nach Beatenberg von Hans-Peter Kirsten-Schmidt übernommen. Gemeinsam mit Günter Clemens, GGG Saarland, lädt sie Interessierte aus allen Bundesländern zur 24. (!) Fahrt nach Beatenberg ein.*

Die GGG setzt sich dafür ein und unterstützt, dass eine grundsätzliche Neuorientierung des Lernens in der Schule erfolgen muss. Ziel- und ergebnisorientiertes Lernen mit Erfolg bildet den Fokus der neueren Überlegungen. Es gilt Lernsituationen zu schaffen und personalisierte Lernprozesse so zu gestalten, dass jede Schülerin und jeder Schüler den für sie oder ihn besten Lernweg gehen kann. Ziel unserer Arbeit der nächsten Jahre ist, die derzeit noch einengenden formalen Vorgaben zu überwinden.

Nachdem die UN-Behindertenrechtskonvention in den Bundesländern ratifiziert wurde, machen sich Schulen auf den Weg zur Inklusion. Dennoch fühlen sich viele Kolleginnen und Kollegen verunsichert und überfordert, Methoden und Material für die heterogene Schülerschaft bereitzustellen.

Individuelle Förderung für alle Schülerinnen und Schüler ist nicht nur ein durch §3 HSchG verstärkter Auftrag der Schulen, sondern schon immer unser pädagogisches Anliegen gewesen. Die dazu gehörenden Aspekte – besonders eine auf individuelle Förderung ausgerichtete Lernorganisation – genauer zu betrachten, zu bearbeiten und handhabbar zu machen, ist unser Ziel.

Mehr Informationen: [ggg-hessen.de](http://ggg-hessen.de) / Hessen aktuell

# GGG

Verband für Schulen des gemeinsamen Lernens e.V.

GGG Verband für Schulen des  
Gemeinsamen Lernens e.V.

Bundesgeschäftsstelle

Hauptstraße 8, D-26427 Stedesdorf

Fon: +49-4971-94668-0

Fax: +49-4971-94668-1

E-Mail: [geschaeftsstelle@ggg-bund.de](mailto:geschaeftsstelle@ggg-bund.de)

[www.ggg-bund.de](http://www.ggg-bund.de)

**Portokosten sparen helfen**  
Nächstes GGG Info per Mail erhalten!  
Bitte Rückmeldung an  
[geschaeftsstelle@ggg-bund.de](mailto:geschaeftsstelle@ggg-bund.de)

## Jubiläen/Geburtstage

Wir danken für 40 Jahre Mitgliedschaft

Name
Fritz-Steinhoff-Gesamtschule
Hagen-Boele
Klaus Gebauer
Lore Heitmann
Götz Hentschke
Wolfgang Lutz
Cäcilia Pilgrim
Ursula Röttcher-Batterman
Rita Streb-Hesse
Ingrid Wenzler
Waltraut Wertheimer

Wir gratulieren zum 80. Geburtstag

Name	Geburtsdatum
Prof. Dr. Anne Ratzki	08.06.1937

Wir gratulieren zum 75. Geburtstag

Name	Geburtsdatum
Helga Gravert-Götter	05.06.1942
Lotar Clemens	23.06.1942
Günter Rüdell	25.06.1942
Hildegard Bohnet	01.07.1942



Tagungsstätte in Beatenberg, CH